

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
"Thüringer Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts" Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 6/6961 -	
1.	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
bei juristischen Personen	Name
	Organisationsform
	Verband der Privaten Krankenversicherung
e. V.	
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer,
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
Glinkastr. 40	
Postleitzahl, Ort	
10117 Berlin	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Geschäftsführer Politik des Verbandes der Privaten Krankenversicherung

4.	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</p> <p>Mit dem Gesetzentwurf will das Land Thüringen ab 1.1.2020 Beamtinnen und Beamten, die sich für die Gesetzliche Krankenversicherung entscheiden, einen Arbeitgeberzuschuss zahlen. Bedingung für diese irreführenderweise „pauschale Beihilfe“ genannte Arbeitgeberleistung ist, dass diese Personengruppe ihren Anspruch auf die individuelle Beihilfe unwiderruflich aufgibt. Damit entzieht sich der Dienstherr seiner unmittelbaren Mitverantwortung für die Versorgung der Beamten im Krankheitsfall.</p> <p>Der Vorschlag ist ideologisch motiviert: die Parteien der Thüringer Regierungskoalition – Die Linke, SPD und Bündnis 90/Grüne – sehen darin einen Schritt in die von ihnen angestrebte „Bürgerversicherung“, indem sie das für Beamte bereits bestehende Wahlrecht zwischen Privater Krankenversicherung (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) zugunsten der GKV modifizieren – unter der Annahme, dass sich so mehr Menschen in der umlagefinanzierten GKV statt in der kapitalgedeckten PKV versichern.</p> <p>Sachliche Gründe gibt es für den Vorschlag nicht: Unglaublich ist das Argument, die „Wahlfreiheit“ von Beamten stärken zu wollen. Würden die drei Regierungsparteien ihr eigenes Argument ernst nehmen, müssten sie sich für eine Senkung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte einsetzen, die heute für über 85 Prozent der Arbeitnehmer eine Zwangsmitgliedschaft in der GKV zur Folge hat. Auch der Hinweis auf die Beamten mit Kindern und mit Behinderungen ist nicht überzeugend, wird doch im Rahmen der Öffnungsaktionen der PKV jeder Beamte unabhängig von seinen Vorerkrankungen und seinem Gesundheitszustand in die PKV aufgenommen. Und auch für ihre Kinder erhalten Beamte Beihilfe sowie Kinderzuschläge als Teil der Besoldung.</p>
5.	<p>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</p> <p>Anlass der Stellungnahme</p> <p>-----</p> <p>Form der Stellungnahme</p> <p><input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail</p>
6.	<p>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</p> <p>-----</p>
7.	<p>Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Berlin, 11.06.2019	Unterschrift
----------------------------------	--------------